

1/SN-233/ME von 3

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 12. März 1986  
Stubenring 1  
Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780  
Auskunft AIGNER

┌ Z1. IV-42.198/1-2/86 ┐

Klappe

Durchwahl

An das

Bundesministerium für Inneres

Herrengasse

Postfach 100

1014 W i e n

└ Zu Z1. 11.198/8-III/4/86 ┘

18	GE/9 86
Datum: 12. März 1986	
Verteilt: 14.3.86 Kreuz	

*L. Hlawacek*

Entwurf einer Vereinbarung gem.  
Art. 15a B-VG zwischen dem Bund  
und dem Land Vorarlberg über  
einen gemeinsamen Hubschrauber-  
Rettungsdienst;

Begutachtungsverfahren

Zu dem mit Note vom 5. März 1986 übermittelten Entwurf einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst beehrt sich das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Stellung zu nehmen wie folgt:

Art. I § 3 Z 3 des Vereinbarungsentwurfes enthält bloß einen allgemeinen Hinweis darauf, daß als Begleitpersonal eines Hubschraubers entsprechend den medizinischen Erfordernissen nur berechnigte Personen eingesetzt werden dürfen. Die Erläuterungen verweisen in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Zivilluftfahrzeug-Ambulanz- und Rettungsflugverordnung, BGBl.Nr. 126/1985.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz geht nun zwar davon aus, daß geltende Rechtsvorschriften - wie z.B. das Ärztegesetz 1984, demzufolge eine selbständige Berufsausübung lediglich praktischen Ärzten und Fachärzten vorbehalten ist - auch bei dem in Aus-

- 2 -

sicht genommenen Hubschrauber-Rettungsdienst im Land Vorarlberg gänzlich unberührt bleiben und daher in vollem Umfang anzuwenden sind, doch ist schon aus Gründen der Rechtsklarheit und zur Vermeidung von Mißverständnissen einer Formulierung, wie sie im Art. I § 3 Z 3 lit. b und c der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl.Nr. 301/1985, enthalten ist, unbedingt der Vorzug zu geben. Es wäre dadurch bereits durch den Wortlaut der Vereinbarung sichergestellt, daß ausschließlich zur selbständigen Berufsausübung berechnete Ärzte (auch unter Beachtung der Beschränkung von Fachärzten auf das jeweilige Sonderfach gemäß § 13 Abs. 2 Ärztegesetz 1984) sowie Sanitäter mit der jeweils erforderlichen, dem Bundesgesetz BGBl.Nr. 102/1961 entsprechenden Ausbildung zum Einsatz gelangen dürfen.

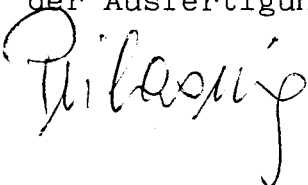
Zu den Erläuterungen ist zu bemerken, daß die Ausführungen im ersten Absatz zu Art. I § 3 Z 3 auf maßgebliche gesetzliche Bestimmungen verweisen, worauf anschließend als Beispiel die Verordnung BGBl.Nr. 126/1985 genannt wird. Es sollte daher besser statt der Formulierung "maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen" die Formulierung "maßgeblichen Rechtsvorschriften" gewählt werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Bundesminister:

H a v l a s e k

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesministerium  
für Gesundheit und Umweltschutz  
1010 Wien, Stubenring 1

Zl. IV-42.198/1-2/86

Wien, 12. März 1986

Dem  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

mit Beziehung auf das Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 21. Dezember 1981, Zl. 94.100-2a/1981, zur gefälligen Kenntnis.  
25 Mehrexemplare der ho. Stellungnahme liegen bei.

Für den Bundesminister:

H a v l a s e k

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung.

